



Too big to fail – die Stromversorger

Das ist ein Blick in die nahe Zukunft.

Die jüngsten Wahlerfolge der Grünen lassen schon jetzt erkennen, dass sich die Verlierer in der GroKo davon beeindruckt lassen und statt dezidiert gegen die Folgen einer hektischen Energiepolitik zu argumentieren und den Gesetzen von Physik und Ökonomie gegenüber den lodernden Emotionen jugendlicher Heißsporne die erforderliche Priorität einzuräumen, lieber mit auf den fahrenden Zug aufspringen und dessen Tempo wider jede Vernunft fahrlässig noch steigern werden.

Noch nie seit Beginn der Nutzung des Dynamoelctrischen Prinzips war die Menschheit so abhängig von der jederzeit sicheren Verfügbarkeit elektrischer Energie wie heute.

Dabei ist es weniger die Arbeitsleistung des Stromes, die unverzichtbar ist; die ließe sich in den meisten Fällen, wenn der Strom wieder zur Verfügung steht, schlicht und einfach mit der eingetretenen Verzögerung nachträglich abrufen und produktiv nutzen. Es sind die Steuerungs- und Regelungsprozesse, sowie die damit meist direkt verbundenen Kommunikationssysteme, die uns von der ersten Minute an ins Chaos stürzen, wenn der Strom plötzlich versiegt.

Dass Windräder und Photovoltaik-Anlagen vollkommen ungeeignet sind, eine kontinuierlich sichere Stromversorgung zu gewährleisten sollte im Grunde keiner Erwähnung bedürfen – doch leider ist das minimale Denkvermögen, das erforderlich ist, um diesen Schluss ziehen zu können, selbst bei vielen der ausschließlich auf Wahlerfolg und Macht fixierten Politiker allem Anschein nach nicht vorhanden.

Techniker und Ingenieure bei den Kraftwerksbetreibern, bei den Netzbetreibern und bei der Bundesnetzagentur sind die letzten Helden der Stromversorgung, weil sie einerseits darauf bestanden haben, dass schnell verfügbare Reservekraftwerke (die ihre Turbinen mit Gas antreiben) tatsächlich noch vorhanden sind, und weil sie andererseits mit großer Virtuosität in ihren Schaltwarten

sekundenschnell die richtigen Entscheidungen zu treffen in der Lage sind. Ein Job, der m.E. dem eines Fluglotsen an Komplexität vergleichbar ist, aber im Fehlerfall einen weitaus größeren Schaden auslösen kann, sowohl im Verlust an Geld als auch im Verlust von Menschenleben gemessen.

Wenn sich auch auf den Vergleichsportalen eine unübersehbare Zahl von Stromanbietern tummelt, letztlich kommt aus allen Steckdosen der der gleiche Strommix von den Betreibern der konventionellen Kraftwerke und den Betreibern der kleinen und großen Anlagen die Strom aus so genannten „erneuerbaren“ Energien bereitstellen, sofern die Sonne scheint und/oder der Wind weht. An trüben Herbst- und Wintertagen, wenn auch kein Wind aufkommen will, kommen Stromlieferung aus dem europäischen Verbundnetz dazu und die Netzreserve wird im erforderlichen Maße aktiviert.

Dies klingt alles gut und beruhigend – ist es aber nicht.

Stellen Sie sich einfach vor, Sie betreiben ein Hotel mit 500 Betten, Restaurant, Bar, Sauna, Schwimmbad, und so weiter, und halten an 365 Tagen im Jahr für 24 Stunden sämtliches Personal, von der Rezeption bis zum Zimmermädchen, vom Chefkoch bis zur Buchhalterin vor, heizen alle Räume der Witterung entsprechend, haben aber an 355 Tagen keinen einzigen Gast im Hause, während an 10 einzelnen, nicht vorgeplanten Tagen, von einem Augenblick auf den anderen alle Zimmer und alle Plätze im Restaurant besetzt sind und alle Gäste unmittelbar bedient werden wollen.

Ein Unding, werden Sie sagen.

Doch genau das ist die Situation, auf die wir bei der Stromversorgung in Deutschland treffen. Innerhalb des europäischen Verbundes müssen solche ungenutzten Kapazitäten zwingend vorgehalten werden, damit im Fall der Dunkelflaute im voll auf erneuerbare Energien abgefahrenen Deutschland die Lichter nicht ausgehen.

Je weiter die Kapazitäten der Erneuerbaren ausgebaut werden, desto unrentabler wird der Betrieb der für die Versorgungssicherheit zwingend erforderlichen Reservekraftwerke – und desto teurer wird zwangsläufig der Strom, weil konventionelle Kraftwerke in dem Umfang zusätzlich vorgehalten (und über den Strompreis bezahlt) werden müssen, in dem bei gutem Strom-Wetter die Erneuerbaren ihre Leistung einspeisen.

Zwei Systeme parallel zu betreiben, von denen eines unzuverlässig ist und daher vollständig redundant abgesichert werden muss, ist zwangsläufig teurer als nur eines zu betreiben, das sich zuverlässig bewährt hat. Von der Förderung der Erneuerbaren per Einspeisevergütung soll dabei noch gar nicht gesprochen werden.

Das hat Folgen dahingehend, dass die Stromerzeuger natürlich versuchen, die ungenutzten Reservekapazitäten so gering wie möglich zu halten. In der Schweiz, die ebenfalls dabei ist, die erneuerbaren Energien auszubauen, ist es inzwischen offizielle politische Richtlinie, dass bei Versorgungsengpässen wegen unzureichender Eigenproduktion Strom aus dem europäischen Verbundnetz, also aus dem Ausland bezogen werden soll. Hierzu ein [Interview der NZZ](#) mit Benoit Revaz, dem Direktor des schweizerischen Bundesamtes für Energie, der klipp und klar sagt:

**Autarkie in der Stromversorgung ist für die Schweiz keine Lösung,
Versorgungssicherheit entsteht im europäischen Verbund.**

Deutschland sieht das – Atomausstieg + Kohleausstieg sind beschlossen – nicht anders und vertraut in Bezug auf die Versorgungssicherheit letztlich ebenfalls auf den europäischen Verbund.

Eine tolle – für alle Europäer absolut nachahmenswerte Strategie,

mit dem kleinen Schönheitsfehler, dass damit das gesamte Verbundnetz immer labiler wird und am Ende alle am gleichen Tag im gemeinsamen Engpass festsitzen werden.

Wer auch immer in der politischen Verantwortung für die Sicherheit der Stromversorgung Deutschlands steht, ob CDU, SPD, FDP oder Grüne, die Frage der Reservekapazitäten wird ihnen früher oder später den Schlaf rauben und zweifellos den gesetzlichen Zwang zur Vorhaltung immer weiterer Gaskraftwerke für die Elektrizitätsversorgungsunternehmen verschärfen müssen.

Nun sind diese EVU's allerdings gewinnorientierte Privatunternehmen, die sich ihre „leerstehenden Hotels“ sehr genau ansehen und durchaus dazu neigen, die Bereitschaftskosten auf den niedrigsten möglichen Level zu senken. Das heißt unter anderem auch, auf Wartung und Reparaturen eher solange zu verzichten, bis der elektronisch ins menschenleere Gaskraftwerk übermittelte Anfahrbefehl entweder gar nichts auslöst, oder der Generator nach ein paar Minuten Betrieb per Notabschaltung von selbst wieder vom Netz geht. Die Argumentation der

Verantwortlichen in den Konzernzentralen ist denkbar einfach: Ein solcher Störfall ist unvorhersehbar – und außerdem betreiben wir ja nicht das einzige deutsche Reservekraftwerk.

Mit ein bisschen Glück – so die Spekulation – ist das Ding dann so kaputt, dass die Versicherung zahlt und die kostenträchtige Stromquelle endgültig stillgelegt werden kann.

Damit nähern wir uns der Drohung aus der Überschrift:

Too big to fail!

Die fetten Jahre der Energieversorger mit den sprudelnden Gewinnquellen der schon zweimal massiv subventionierten Kernkraftjahre (erst in Forschung, Entwicklung und Errichtung, dann beim Erlass der unvorhersehbaren Atommüll-Entsorgungskosten) sind zu Ende. Jetzt werden kleinere Brötchen gebacken.

Das [Handelsblatt](#) berichtete vor ein paar Tagen, E.On mache zwar mehr Umsatz, aber dafür weniger Gewinn (in absoluten Zahlen).

Die Heilbronner „[Stimme](#)“ wusste im November 2018 zu berichten, die lange Trockenheit und das „laue Lüftchen“ im Sommer hätte eine Delle in die Bilanz von EnBw geschlagen. Für 2019 wird inzwischen Besserung erwartet, aber so genau weiß eben auch in diesem Jahr niemand, wie der Sommer werden wird.

Die [taz](#) berichtet über Vattenfall „der Atomausstieg habe die zukünftigen Gewinne des Konzerns zunichtegemacht“, so dass die Forderung über einen Schadensersatz von 6,1 Milliarden Euro gegen den Bund (Merkel hat ja nicht so viel) durchaus begründet sei.

RWE, der vierte im Bunde, hat im letzten Jahr gutes Geld verdient – allerdings nicht mit der Stromerzeugung, da sank der Gewinn von sowieso schon mageren 159 Millionen Euro auf nur noch 63 Millionen Euro, sondern im Stromhandel, weiß das [Manager-Magazin](#).

Alle vier Konzerne haben übrigens einen größeren Umbau hinter sich oder stecken gerade mitten drin. Das Ziel ist einfach: Es findet die Trennung potentiell ertragskräftiger Unternehmensteile von den potentiell verlustbringenden statt.

Bei E.On hat man sich im letzten Jahr vollständig vom Geschäft mit der Stromerzeugung getrennt. Die [Süddeutsche](#) berichtete.

EnBW setzt auf neue Geschäftsfelder, fokussiert sich auf Investitionen in Windparks, schaltet konventionelle Kraftwerke ab und wird davon nur die notwendigen Reservekraftwerke betriebsbereit halten. Die [Süddeutsche](#) berichtete.

Bei RWE hat schon vor drei Jahren mit der [Ausgründung der „RWE International SE“](#) die vermeintlich rentablen Unternehmensteile gebündelt und später als „Innogy“ an die Börse gebracht. Derzeit werden zwischenzeitlich entstandene Kapitalverflechtungen mit E.On wieder bereinigt. Die [WELT](#) berichtet aktuell von den Konsequenzen des Erstarkens der Grünen.

Vattenfall hat seine Braunkohle-Kraftwerke schon 2016 an einen tschechischen Betreiber verkauft und setzt ebenfalls verstärkt auf Erneuerbare. In Dänemark waren die Schweden damals bereits zum größten Windparkbetreiber aufgestiegen. So bei [Windbranche.de](#) nachzulesen.

Bei Licht betrachtet handelt es sich um eine regelrechte Flucht aus der Stromerzeugung mit konventionellen Kraftwerken. Es erinnert an die im Zuge der Finanzkrise weitverbreitete Strategie der Auslagerung toxischer Wertpapiere in so genannte Bad Banks. Dort fallen – wie schon bei der Bankenrettung - die zur Sozialisierung vorgesehenen Verluste an, während die für die Privatisierung vorgesehenen Gewinne aus Netzbetrieb und Handel davon unbelastet an die Aktionäre ausgeschüttet werden können.

Dieses Vorgehen ist rein betriebswirtschaftlich ein Akt der Risikobegrenzung und aktienrechtlich geboten, um die Anleger vor Verlusten zu schützen, denn bei der Abwägung der Rechtsgüter geht Investorenschutz hierzulande auch ganz ohne Freihandelsabkommen dem Schutz der Steuerzahler und Konsumenten vor gezielter Ausplünderung grundsätzlich vor.

Die konventionellen Öl- und Kohle-Kraftwerke werden bei weiterem Ausbau der so genannten Öko-Stromerzeugung sowieso stillgelegt werden müssen – nicht, weil die Politik das will, sondern weil sie technisch auf Dauerbetrieb ausgelegt sind und bei zu geringer Auslastung nicht nur nicht mehr wirtschaftlich arbeiten, sondern auch schadensanfälliger werden.

Der Strom aus Windkraft wird jedoch sogar dann bezahlt, wenn er wegen der immer noch fehlenden Trassen gar nicht produziert wird. (Hossa!)

Der immer mehr zum Hauptgeschäft werdende Handel mit Strom ist zudem sehr viel einfacher, unkomplizierter und gewinnträchtiger als die Erzeugung von Strom. Sowa können die Kaufleute alleine. Da brauchen sie keine Ingenieure dazu, was wiederum Kosten spart.

Diese weit fortgeschrittene Entwicklung lässt den Verdacht aufkeimen, dass in den Konzernzentralen der Begriff „Versorgungssicherheit“ bereits keine Rolle mehr spielt. Sie lässt den Verdacht aufkommen, dass man sich von der Politik, wieder besseres Wissen mit einem eleganten Kopfsprung vom Fünf-Meter-Brett in die Energiewende stürzt, weil das derzeit das wirtschaftlich aussichtsreichste Betätigungsfeld der Stromwirtschaft darstellt, um in dem Augenblick, in dem die Versorgung im europäischen Verbundnetz nicht mehr gewährleistet ist (im inländischen Markt ist Autarkie sowieso schon nicht mehr gegeben), Milliardenbeträge an Subventionen abzugreifen, um jene Kapazitäten neu zu erstellen, die vorher im Rausch der Energiewende über Bord geworfen wurden.

Dass dabei die Tendenz steigender Strompreise nicht gebrochen, sondern sogar noch verstärkt werden wird, steht vollkommen außer Frage.

Ich zitiere dazu einige Sätze aus dem oben vollständig verlinkten, aktuellen Artikel der unverdächtigen WELT:

- *Von der Energiebranche wird die Politik einen Spagat verlangen, der physikalisch unmöglich ist.*
- *Wenn wir aus der Kernkraft und nun auch noch der Kohle aussteigen, dann müssen die erneuerbaren Energien als integraler Bestandteil eines Konzeptes zur Versorgungssicherheit die Lücke füllen.*
(Anmerkung von mir: Dieses Konzept existiert jedoch nicht.)

Andernfalls werde der Strom so knapp, dass auch Importe nicht viel weiterhelfen würden. Dann dürften die Preise schon in wenigen Jahren durch die Decke gehen.

- *Für technische Lösungen zur Speicherung großer Strommengen gibt es zwar viele Ansätze und Ideen, jedoch bisher keinen wirtschaftlich vertretbaren Durchbruch.*

Der Kopfsprung der Konzerne vom Fünf-Meter-Brett wird für diese aller Voraussicht nach ein Vergnügen, denn das Becken, in das sie springen, wird mit vielen Steuermilliarden gefüllt sein.

Für die Verbraucher könnte es allerdings sehr ungemütlich werden.

Schon jetzt werden jährlich Millionen deutscher Haushalte mit der Androhung der Stromsperre dazu bewegt, der Rechnung des Energieversorgers vor allen anderen Lieferanten und vor den eigenen Grundbedürfnissen den Vorrang zu geben.

Dennoch waren alleine im letzten Jahr 344.000 Haushalte tatsächlich von Stromsperren betroffen.

Nicht so schlimm?

Kein Licht. Kein Kühlschrank. Kein Herd. Keine Mikrowelle. Keine Waschmaschine. Kein Bügeleisen. Kein Radio. Kein Fernsehen. Kein Internet. Kein Telefon. Kein Kaffee, kein Tee. Kein warmes Essen.

Weitere praktische Helferlein, die auf Strom angewiesen sind, sind vielleicht nicht ganz so wichtig, ihr Ausfall wird jedoch ebenfalls keine Freude auslösen.

Dabei wissen wir, dass die derzeit gültige Rentenformel in naher Zukunft die Zahl der Armutsrentner dramatisch ansteigen lassen wird.

Wir wissen, dass der Umbau der Industrie in Richtung auf den Ersatz von Menschen durch Roboter, Maschinen und 5G-Netze die Zahl der noch befriedigend bezahlten Arbeitsplätze weiter kräftig schrumpfen lassen wird, begleitet vom weit weniger arbeitsintensiven Schwenk der deutschen Primus-Branche vom Verbrennungsmotor mit aufwändigem Getriebe, Anlasser, Kraftstoffpumpe, Abgasreinigungssystem, etc., zum Elektromotor, der ganz gut auch ohne alle diese Elemente auskommt.

Wir wissen, dass die unsinnigerweise seit Schröder mit staatlich verordnetem Lohndumping noch unterstützte deutsche Exportindustrie und die an ihr hängenden Arbeitsplätze durch den von Donald Trump ausgelösten Wirtschaftskrieg zur Wiederherstellung ausgeglichener Handelsbilanzen mit massiven Umsatz- und Erlöseinbrüchen zu rechnen hat.

Wir wissen, dass Arbeitseinkommen durch Sozialtransfers niemals kompensiert werden können, und schon gar nicht, wenn die Beitragszahler weniger und die Leistungsempfänger mehr werden.

Die nicht zuletzt durch eine dreifache Zangenbewegung der Politik herbeigeführte Explosion der Mietpreise macht die Lage des Prekariats noch prekärer:

- Die Null-Zins-Politik treibt die Anleger aus den Finanzanlagen ins Beton-Gold. Luxussanierungen sind die attraktivste Form der Immobilien-Anlage. Alt-Mieter werden vergrault.
- Mit der Verschleuderung der Wohnungsbestände der öffentlichen Hand an private Investoren wurde vorhandene, preisdämpfende Marktmacht fahrlässig aufgegeben. Die Mieten steigen zur Befriedigung der Rendite-Erwartungen.
- Die massenhafte Aufnahme von Migranten hat auch noch die letzten, schätzbaren Reserve-Mietflächen in den Ballungszentren zu Goldgruben gemacht, während auf dem flachen Land mangels Infrastruktur (nicht nur schnelles Internet, auch Schulen, Ärzte, Krankenhäuser) keine Arbeit mehr angeboten wird und vorhandene Wohnflächen im Leerstand verkommen.

Von den Mietnebenkosten, die ebenfalls nicht aufhören, zu steigen, braucht gar nicht erst gesprochen zu werden, um zu erkennen, dass das Gerede vom „Armutsrisiko“ nur eine vollkommen inakzeptable Verharmlosung der bereits bestehenden und der kaum mehr vermeidbaren, explosionsartig wachsenden Armut der deutschen Bevölkerung in naher Zukunft ist.

Die Weichen sind gestellt.

Kevin Kühnerts Aufruf zur Verstaatlichung kommt Jahrzehnte zu spät und ist vom Ansatz her falsch.

Mit Beginn der Privatisierung staatlicher Aufgaben und staatlicher Ressourcen (Volksvermögen),

und Helmut Kohl hat mit der Zulassung des Privatfernsehens und der gleichzeitigen Beschränkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Bezug auf Einnahmen aus dem Werbemarkt den ersten Pflock eingeschlagen,

wurde der abschüssige Weg beschritten, in dem wir uns nun – wie die Ameisen im Trichter des [Ameisenlöwen](#) – wiederfinden und bei jedem Versuch, wieder nach oben zu kommen, mit immer neuen Listen und Lasten bombardiert werden.

Auch die [Energiekonzerne waren einmal im Staatsbesitz](#) und stellten damit ein Element der Grundversorgung dar, das sich die Bürger aus ihren Steuermitteln selbst geschaffen hatten.

Für vieles ist es wohl zu spät, die Privatisierung rückgängig zu machen, denn das, was oft für ein Butterbrot aus der Hand gegeben wurde, müsste heute an der Börse mit einem Vielfachen der damaligen Kaufkraft wieder zusammengekauft werden, wozu die schuldengebremsten Haushalte absolut nicht in der Lage wären.

Aber ein wichtiger und noch gangbarer Schritt könnte durchaus darin bestehen, jegliche weitere Privatisierung per Gesetz unmöglich zu machen. Doch warum wurde die Schuldenbremse erfunden? Große Worte dazu gab es viele, von der Zukunft der jungen Generation wurde schwadroniert, und dies klingt in den Ohren so verlogen, wie der alkoholranke Vater, der das Haus verkauft, weil ihm keiner mehr Kredit gewährt, und erklärt, er tue das nur, um seinen Kindern die Schuldenlast zu ersparen. Blödsinn! Die Schuldenbremse war und ist ein Instrument zur Erzeugung größtmöglichen Drucks zur Privatisierung. Nichts sonst.

Also wäre ein weiterer, damit direkt im Zusammenhang stehender Schritt darin zu finden, die Schuldenbremse wieder aufzugeben. Unser total verrücktes Geldsystem macht uns doch mit jeder Tilgung ärmer und handlungsunfähiger, weil damit Liquidität aus dem Wirtschaftskreislauf entnommen wird, die nur durch Neuverschuldung wieder hergestellt werden kann. Ich habe das oft und oft erklärt, so dass ich hier auf eine Wiederholung verzichte.

Das Geldsystem wird sich ohne einen alles zerstörenden Weltkrieg nicht aushebeln lassen, aber die Verhältnisse in der Realwirtschaft können verändert werden, wenn die Bürger – und die zuerst – wieder davon überzeugt sind, dass ihr Staat tatsächlich ihr Staat ist, dazu da, Gemeinschaftsaufgaben zu übernehmen, die entweder eine übergeordnete Koordination oder eben ganz erhebliche Ressourcen erfordern, die von den Einzelnen und den Gebietskörperschaften alleine nicht aufgebracht werden können.

Eine wichtige und relativ leicht zu stemmende Aufgabe sehe ich im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Falsch ist es dabei, mit Steuererleichterungen und Zuschüssen das Geschäft der privaten Investoren auch im sozialen Wohnungsbau rentabel zu machen, genauso wie es falsch ist, mit Mietkostenzuschüssen und Wohlgeldzahlungen den Markt zu Gunsten der Anbieter von Wohnraum außer Kraft zu setzen. Zur Minderung der Armut durch Entlastung bei den Mieten ist

es alleine richtig, dass der Staat und die Kommunen alles Geld in die Hand nehmen, was irgendwie erreichbar ist, um wieder einen eigenen Wohnungsbestand aufzubauen, der ausreicht, um das Mietgefüge über preiswerte Angebote von unten her allmählich wieder zu normalisieren.

Den Staat nicht als Gegner, als Feind, als Taschendieb zu betrachten, sondern ihn als **das** Gemeinschaftsinstrument zur Sicherung der eigenen Lebensgrundlagen anzusehen und einzusetzen, ist das Gebot der Stunde, gerade da, wo privatwirtschaftliche Monopole und Oligopole ihre Machtstellung problemlos zur Generierung von Gewinnen ausnutzen können, wenn die Bürger sich nicht über den Weg ihrer großen „Genossenschaft“ eigenen Zugang zu Wasser, Strom, Kommunikation, Transportwesen, Bildung, etc., etc., verschaffen.

Wenn ich mir allerdings die Pläne und Absichten der Regierung betrachte, schwindet die Hoffnung, dass dies noch gelingen kann. Denn diese Regierung ist das, was aus freien, geheimen und gleichen Wahlen hervorgegangen ist.

Es ist eine Henne-Ei-Problem. Was war zuerst da? Der dumme, unmündige, propagandagläubige Wähler, oder die verlogene Politik, die den unmündigen Wähler erst geschaffen hat? Sind dann in Folge des Generationenwechsels aus diesem Kreis einige – wie die Jungfrau zum Kind - in politische Verantwortung geraten, wo sie nun sitzen und ohne ausreichenden eigenen Verstand den hehren Worten ihrer teuer bezahlten Berater lauschen müssen, um überhaupt noch so etwa wie einen „Plan“ vorweisen zu können? Ich weiß es nicht.

Die Fakten sind jedenfalls geschaffen.

Ich habe noch von keinem deutschen Politiker eine plausible und einer Nachprüfung standhaltende Erklärung dazu gehört, wie die mit der Energiewende verbundenen Probleme der Versorgungssicherheit gelöst werden könnten.

Es ist ja gut und schön, dass man Milliarden in die vom Kohleausstieg betroffenen Länder pumpen will, um den Strukturwandel, für den es ebenfalls keine plausible und einer Nachprüfung standhaltende Zielsetzung gibt, wirtschaftlich abzufedern, doch das Problem der Versorgungssicherheit wird eben absolut nicht dadurch gelöst, dass man erwägt, zwei Bundesbehörden in die Lausitz zu verlagern und einen US-Konzern mit erheblichen Subventionen einzuladen, dort ein Logistikzentrum einzurichten.

Früher war es so, dass erst die technologische Innovation da war, und dann die Möglichkeiten, sie sinnvoll zu nutzen, nach und nach in Angriff genommen wurden, während nicht mehr zeitgemäße Technologien verschwanden.

Heute ist es so, dass man die Technologie, die man hat, erst einmal brutalstmöglich zerschlägt (das gilt für Kernkraft und Kraftwerke, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden ebenso, wie für den Verbrennungsmotor im Kraftfahrzeug) und voller Gottvertrauen davon ausgeht, dass sich schon irgendwie ein Ersatz finden lassen wird.

Wo ist denn die Speichertechnologie, ohne die diese Energiewende direkt ins Fiasko führt? Da gibt es nichts.

Wo sind denn die Kraftwerke, die den Strom für den Umstieg auf die E-Mobilität bereitstellen? Da gibt es nichts. Nicht den Hauch einer realistischen Idee.

Folglich werden wir in wenigen Jahren vor der großen Gemeinschaftsaufgabe stehen, die Energiewirtschaft mit Abermilliarden Steuergeldern zu retten, wie zuvor die Banken. Wetten?

Too big to fail.

Preisfrage:

Wie kann es sein, dass man das Wetter selbst mit größten Großrechnern für höchstens drei oder vier Tage einigermaßen zutreffend vorhersagen kann, wo doch für das Klima Vorhersagen über hundert Jahre gar kein Problem darstellen?

- a. Für die Entwicklung des Klimas gibt es nur einen ausschlaggebenden Faktor, nämlich den vom Menschen verursachten CO₂-Ausstoß. Der ist bekannt und lässt sich exakt vorausberechnen. Bei Wetterprognosen müssen sehr viel mehr Einflussfaktoren berücksichtigt werden.
- b. Das Wetter ändert sich schnell, das Klima nur langsam. Wenn mit Klima die durchschnittlichen Wetterbedingungen eines 30-Jahre-Zeitraums gemeint sind, dann heißt das doch, dass ein Tag Wetter exakt 30 Jahren Klima entspricht. Drei bis vier Tage Prognosequalität beim Wetter entsprechen also 90 bis 120 Jahren Prognosequalität beim Klima – da gibt es

also gar keinen Unterschied zwischen Meteorologen und Klimaforschern.

- c. Es liegt an der Begrenztheit des geistigen Horizonts der Meteorologen. Das hat historische Gründe. Wettervorhersagen waren immer auf die allernächste Zukunft beschränkt, weil an weiterreichenden Vorhersagen einfach kein Bedarf bestand. Der Bauer wollte wissen, ob er das Heu lieber heute oder doch erst morgen in die Scheune bringen soll. Klimaforschung hat mit Meteorologie nichts zu tun. Das ist ein ganz anderer Ansatz, größer, höher, weiter und ist nicht als profane Entscheidungshilfe für einzelne konzipiert, sondern als sinnstiftendes, die Menschheit in Panik vereinendes Menetekel. (1. Buch Greta 3, 1-7)
- d. Selten blöde Frage. Wer weiß denn sowas?